

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Jürgen Dittberner: Schwarz-Gelb in Berlin oder Die Krise der FDP.

Berlin: Logos Verlag, 2012, 2. erweiterte Ausgabe, 238 S., ISBN: 978-3-8325-2787-7

Der Politikwissenschaftler Jürgen Dittberner hat sich eine aktuelle und spannende politische Entwicklung in der Bundesrepublik zum Thema gemacht: Nachdem die FDP im Jahr 2009 mit dem besten Ergebnis ihrer Geschichte eine schwarz-gelbe „Traumkoalition“ (S. 72) in Berlin möglich machte, stürzte sie in den Meinungsumfragen innerhalb kürzester Zeit ab. Auch wichtige Landtagswahlen – wenn auch nicht alle – gingen in der Folge für die Liberalen verloren. Der schwarz-gelben Koalition in Berlin misslang der Start in die gemeinsame Regierung.

Dittberner verspricht im Vorwort, einen Beitrag über die „inhaltliche Demokratie“ leisten zu wollen – dabei definiert der Autor inhaltliche Demokratie in seiner „Skizzensammlung“ (S. 5) folgendermaßen: „In dem Maße, in dem sie [politische Parteien] neue Strömungen der politischen Kultur im Lande aufnehmen und diese je nach ihrem ideologischen Standort formieren, ist Deutschland auch inhaltlich demokratisch“ (S. 5). Versteht man dies als Betrachtung der Politik aus programmatischer Sicht, wäre eine Analyse des schwarz-gelben Regierungshandlungs und der FDP-Krise sowie eine Konzentration auf die Themen und Positionen der verschiedenen Akteure zu erwarten.

Diese Analyse findet sich nur bruchstückhaft an verschiedenen Stellen im Buch. Das Buch besteht aus sechs größeren Kapiteln. Zu Beginn behandelt der Autor in einer etwa 50 Seiten starken „Einführung“ verschiedenste Themen von „Horst Köhler“ über „Islam“, „WikiLeaks“ bis zu „Fukushima“. Diese sollen „die ‚Werdegänge‘ der schwarz-gelben Parteien, aber auch die Entwicklung der politischen Kultur allgemein im Vorfeld von Schwarz-Gelb“ (S. 5) skizzieren. Nicht immer erschließt sich dabei der Zusammenhang zum eigentlichen Buchtitel. Die weiteren Kapitel behandeln die Union, die FDP, Schwarz-Gelb und „die Anderen“ und schließen mit einer Art Zusammenfassung unter dem Titel „Auslaufmodell?“.

Dittberner geht in Unterkapiteln immer wieder episodenhaft auf Themen, Personen oder Ereignisse ein. Unterkapitel haben dabei Überschriften wie „Unattraktiv“, „60 Jahre“, „Guido“ oder „Rösler“. Wiederholungen in der Argumentation und mehrfache Erwähnungen der gleichen Sachverhalte lassen sich dadurch nicht vermeiden. Auch eine durchgängige Argumentation wird dadurch nicht recht klar; man meint, das Buch auch von hinten nach vorn lesen zu können.

Interessant sind dabei durchaus die historische Einordnung und aktuelle Charakterisierung der Parteien – so etwa der FDP zu Beginn des Kapitels 3 oder die thesenhafte Zusammenfassung im Kapitel 6 a. „FDP-Krise“.

Durch die kurzen und inhaltlich sprunghaften Unterkapitel fällt es schwer, Argumenten tiefgehend zu folgen. Die angebliche oder tatsächliche „Sozialdemokratisierung“ der CDU und die möglicherweise hiervon beeinflusste Positionierung der FDP macht Dittberner – wie viele seiner Analysen – vor allem an Personen und nicht an politischen Programmen fest: Auf zwei Seiten wird unter der Überschrift „Merz – Niebel“ im ersten Kapitel (S. 35 f.) beschrieben, wie die FDP marktwirtschaftliche – oder nach Dittberner wirtschaftsfreundliche – Positionen beziehen konnte, die von der CDU nach Merz nicht

mehr überzeugend besetzt wurden. Dittberner spricht der FDP, festgemacht an der Person des damaligen Generalsekretärs Dirk Niebel, dabei die Rolle des „freiheitlichen Gegengewichts zu allen Sozialdemokraten“ ab¹. An Stelle einer Diskussion der inhaltlichen Positionen von CDU, SPD und FDP folgt als Begründung allerdings nur der – hier eher befremdlich erscheinende – Verweis auf das Abstimmungsverhalten von Otto Wels (SPD) und Theodor Heuss (später FDP) zum Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten 1933 sowie der Hinweis, der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller sei nach Ludwig Erhard der „erfolgreichste marktorientierte Wirtschaftsminister der Republik“ (S. 36) gewesen. Immer wieder bedient sich Dittberner solcher historischer Verweise um seine Thesen zu untermauern – obwohl aktuelle Bezüge interessanter gewesen wären.

Die Kritik an Politikern und den politischen Parteien insgesamt ist ein immer wiederkehrendes Thema des Buches. „So hat sich im Westen eine Politikergeneration nach oben gemauscht, die zwar das politische Subsystem aus dem Effeff kennt, am Ende aber Politik schlecht kann“, schreibt Dittberner auf Seite 75 oder „Überhaupt müssen die Parteien Macht abgeben, soll das Parteiensystem Zukunft haben“ (S. 79). Sicher wird die Kritik an der „politischen Klasse“ ihre Zustimmung finden; ebenso die Schelte des G-8 Gipfels in Heiligendamm 2007: „Kosten spielen keine Rolle: Das Volk muss zahlen“ (S. 99). Der Erkenntnisgewinn für das Buchthema bleibt aber begrenzt.

An gleich mehreren Stellen spricht sich Dittberner für die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Elemente aus: „Es wird Zeit, dass die Parteien ihre Allmachtgelüste aufgeben. Es hat auch nicht viel Zweck zu monieren, wenn das Volk anders entscheidet als die von Experten beratenen Politiker es sich vorstellen. Wer allen anderen außer sich selbst die Schuld gibt, wenn er sich beim Volk nicht durchsetzen kann, ist ein Gesinnungspolitiker“ (S. 22). Auch auf Seite 41 lobt Dittberner direktdemokratische Elemente: „[...] in den Kommunen, den Ländern und im Bund dagegen können Volksbegehren und Volksentscheide nützlich sein bei der Mobilisierung derjenigen, die Macht auf Zeit übertragen bekommen.“ Auf Seite 53 heißt es andererseits: „Volksentscheide dagegen spitzen zu, sind nicht der Differenzierung mächtig. Auf sie sollte lieber verzichtet werden.“

In den Kapiteln 1 n. Eurokrise und 1 o. Fukushima werden aktuelle Themen angesprochen, die in der Tat Bedeutung für „Schwarz Gelb in Berlin“ und „die Krise der FDP“ haben. Zum Euro bleibt Dittberners Abhandlung mit knapp zwei Seiten kurz, auch wenn „Europa“ auf Seite 192 ff. nochmals aufgegriffen wird. Nachvollziehbar ist seine Argumentation, dass der Mitgliederentscheid der FDP – während parallel die Eurokrise zwischen den Regierungen verhandelt wurde – nicht unbedingt für ein klares europapolitisches Profil der Liberalen gesorgt habe. Die Ablehnung von Eurobonds durch die FDP bezeichnet Dittberner als „populistisch“ (S. 59). Weshalb es aber beim Thema Eurobonds populistisch ist, eine Position zu vertreten, die der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung entspricht, erläutert Dittberner nicht. Obwohl er doch diejenigen, die sich beim Volk mit ihrer Position nicht durchsetzen können als „Gesinnungspolitiker“ bezeichnet (S. 22). Interessant wäre gewesen, hierzu zum Beispiel die unterschiedliche Argumentation der liberalen Fraktionen im Europäischen Parlament und in Berlin zu diskutieren.

Dittberner empfiehlt der FDP, das Thema Gerechtigkeit wieder zu entdecken und nennt unter anderem Wilhelm Röpke (S. 121) und John Rawls (S. 123) als hierfür wegweisende liberale Denker des 20. Jahrhunderts. Die FDP hingegen habe sich für einen „Westerwelle-Liberalismus“ (S. 122) – Friedrich August Hajek und Milton Friedman werden hier als Bezüge genannt – entschieden, obwohl sie doch mit dem Ordoliberalismus eine Wurzel besitze, die ihr den Weg zu anderen Interpretationen öffnen könne. Dittberner attestiert dem Ordoliberalismus „Schutz der individuellen Freiheitssphäre und vollständige Kon-

¹ Wie andere bezeichnete auch Dirk Niebel die CDU damals öffentlichkeitswirksam als „schwarze SPD“.

kurrenz" als wesentliche Ideen, „mit einer klar definierten Rolle des Staates“ (S. 121). Auch sei diese Denkschule in den 50er Jahren zur „Staatsräson“ der Bundesrepublik aufgestiegen. Seiner Schlussfolgerung, dass „soziale Sicherheit zur Basis des Wirtschaftswunders“ (S. 122) wurde, mag sich dabei vielleicht nicht jeder anschließen. Weiter sieht Dittberner eine Perspektive für die FDP als Pro-Europapartei, die der Europäischen Idee jenseits der Strukturen der EU neue Impulse geben solle (S. 164).

Es wird klar, dass der Autor eine sozial-liberale Ausrichtung der FDP als zukunftsweisende und moderne Interpretation des Liberalismus betrachtet. Seine Analyse, der FDP-Liberalismus sei „ungeliebt, auch wenn er anfänglich [mit Bezug auf 2009] viele Wählerstimmen hinter sich scharen konnte“ (S. 123), kann hierbei nur teilweise überzeugen. Trotz Fünf-Parteien-System und „Westerwelle-Liberalismus“ erreichte die FDP im Jahr 2009 mit 14,6% das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Es war in dieser Höhe zwar in der Tat überraschend, aber im Grundsatz keine Trendumkehr: Die FDP hatte es, nicht nur wegen, aber auch mit ihrer Interpretation des Liberalismus geschafft, seit dem Ausscheiden aus der Regierung 1998 bei drei aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen kontinuierlich Wählerstimmen zu gewinnen. Der (wohlfahrts-)staatskritische „Westerwelle-Liberalismus“ wurde nicht erst kurz vor der Wahl 2009 erfunden, sondern ist schon in den Wiesbadener Grundsätzen von 1997 beschrieben. Der plötzliche Absturz in Meinungsumfragen 2009/2010 und bei vielen der Landtagswahlen hat wohl auch nicht daran gelegen, dass die Öffentlichkeit innerhalb weniger Monate das grundsätzliche Liberalismus-Verständnis der FDP in Zweifel gezogen hat. Es war doch eher – und das führt Dittberner an anderer Stelle (z.B. S. 151 ff. oder S. 224) auch selbst aus – Enttäuschung über die mangelnde Umsetzung der politischen Kernforderungen und Versprechen in der Regierung, gepaart mit handwerklichen, politischen und kommunikativen Fehlern.

Inhaltlich ist das Buch bei weitem nicht frei von Fehlern – auch wenn diese sicher nicht zu wesentlich falschen Schlüssen führen. An zwei Stellen (S. 9 und S. 173) heißt es, dass die FDP der Bundesregierung bis 1957 angehörte; in Wirklichkeit schied sie jedoch bereits 1956 – vor der Bundestagswahl 1957 – aus der Regierung aus. Auch gibt Dittberner die weit verbreitete – und dennoch falsche – Legende wieder, die FDP habe 1994 ein Plakat mit dem Slogan „FDP – damit Kohl Kanzler bleibt“ produziert (S. 92). Auch wenn der Slogan sinngemäß durchaus den damaligen Wahlkampfstil der FDP trifft, hat es dieses Plakat nie gegeben. Wiederholungen, wie die mehrfache Bezeichnung des FDP-Wahlergebnisses 2009 als „Pyrrhussieg“ auf den Seiten 87, 126, 174, 222 und 224 sind anstrengend zu lesen.

Ein sorgfältigeres Lektorat hätte Störendes, wie einen immer wieder wechselnden Zeilenabstand im Fließtext, Tippfehler (z.B. „FPD“ statt „FDP“ auf S. 135, 150, 225 und 226) oder den einen oder anderen Lapsus („Wer hätte 2099 gedacht, ...“, S. 19, „Groß Britannien“, S. 98, „andoggen“, S. 127) vermeiden können.

Aachen

Ines Soldwisch